

Bundesrat unterstützt Schwyzer Vorschlag zur NFA-Entpolitisierung

Die Mindestausstattung im Ressourcenausgleich soll künftig immer genau 85 Prozent betragen.

von Stefan Grüter

Erneut sollen die Fronten zwischen den Geber- und Nehmerkantonen des nationalen Finanzausgleichs (NFA) etwas aufgeweicht werden. Die Schwyzer FDP-Nationalrätin Petra Gössi konnte mit ihrem Vorschlag zur Entpolitisierung der Zielgrösse des Ressourcenausgleichs den Bundesrat auf ihre Seite ziehen.

Zielgrösse soll feste Regel werden

Worum geht es? Diese Zielgrösse war in den vergangenen Monaten heftig umstritten. Im Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLag) steht festgeschrieben, dass jedem Kanton ein Mindestmass an finanziellen Ressourcen zur Verfügung steht. Als Richtgrösse sind 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts definiert. In den vergangenen Jahren wurde diese Richtgrösse überschritten. Dies hatte zur Folge, dass Bundesrat und Geberkantone der Meinung waren, dass dieser Betrag reduziert werden könnte, um die Geberkantone weniger zu belasten. Die Nehmerkantone ihrerseits – und das ist die Mehrheit – lehnten diesen Vorschlag ab. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse folgte der Ständerat



«Langfristig entzieht ein solches Vorgehen die Dotation des Ressourcenausgleichs der politischen Debatte.»

Petra Gössi
FDP-Nationalrätin, Küssnacht

der Argumentation der Nehmerkantone. Zustande gekommen ist schliesslich eine minimale Reduktion, was insbesondere der Kanton Schwyz als «faulen Kompromiss eines Kompromisses» bezeichnete.

Gmür und Schwander als Mitunterzeichner

Noch vor den Sommerferien brachten Petra Gössi und acht Mitunterzeichner, darunter auch die Schwyzer Nationalräte Alois Gmür (CVP, Einsiedeln) und Pirmin Schwander (SVP, Lachen), einen neuen Lösungsansatz ein. Die Höhe des Dotationskapitals soll neu anhand der Anforderung festgelegt werden, «dass der ressourcenschwächste Kanton nach erfolgten Ausgleichszahlungen immer exakt auf die Mindestausstattung von 85 Prozent angehoben wird».

Das würde bedeuten, dass eine klare Formel vorliegen würde, an der die politischen Instanzen nichts mehr zu rütteln hätten. «Langfristig entzieht ein solches Vorgehen die Dotation des Ressourcenausgleichs der politischen Debatte», schreibt dazu Gössi. Hochrechnungen ergeben zudem, dass diese Anpassung für den Kanton Schwyz eine NFA-Minderbelastung von gegen 28 Mio. Fr. zur Folge hätte.

Offene Ohren beim Bundesrat

Das Postulat von Petra Gössi stösst im Bundesrat auf offene Ohren. «Der Bundesrat ist bereit, die vom Postulat aufgeworfene Thematik im dritten Wirk-

samkeitsbericht (2016 bis 2019) zu analysieren», heisst es in der letzte Woche erteilten Antwort.

Regierung macht ernst mit Kantonsreferendum

Gegen den «faulen Kompromiss des Kompromisses» in Sachen NFA-Ressourcenausgleich soll nun der Schwyzer Kantonsrat mit einem Kantonsreferendum vorgehen. Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat die entsprechende Vorlage, die am 23. September im Parlament verabschiedet werden soll. Der Schwyzer Regierungsrat beharrt auf der Reduktion der Dotation, so wie es der Bundesrat vorgeschlagen hatte, und verlangt ein Entlastung der Kantone um gesamthaft 134 Mio. Franken, also nicht nur 67 Mio. Franken, wie es der «faule Kompromiss des Kompromisses» der eidgenössischen Räte will. Nicht zuletzt soll damit das ergriffene Volksreferendum mitgetragen und ein Zeichen gesetzt werden. (fan)